

Ammersbeker Alarm



Verschuldete Gemeinde fordert Bund und Land auf, den **Bau von Krippen** selbst zu bezahlen

PETRA SONNTAG

AMMERSBEK :: Die Gemeinde Ammersbek schlägt Alarm. Sie sei an die Grenze ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gekommen, heißt es in einem Brief, den Ammersbeks Bürgervorsteherin Ingeborg Reckling im Auftrag der Gemeindevertretung Anfang Januar an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und an Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU), an die Fraktionsvorsitzenden des Bundestags in Berlin und des Landtages in Kiel richtete. Zusätzliche Aufgaben, die die Gemeinde zu erfüllen habe, könne sie nur leisten, wenn dafür finanzieller Ausgleich durch Bund oder Land zugesagt würden. Damit appellieren die Ammersbeker nach einem entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion an das Konnexitätsprinzip, das Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung auf derselben staatlichen Ebene vorsieht.

Innenministerium weigert sich, den Kommunen zu helfen

Stein des Anstoßes ist die Einführung des Rechtsanspruchs von Eltern auf einen Krippenplatz ab 2013, die sogenannte U3-Betreuung. Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, bis 2013 für rund 35 Prozent der unter Dreijährigen eine Tagesbetreuung vorzuhalten. Dafür stellt der Bund vier Milliarden Euro zur Verfügung. Das Land hatte im Dezember sei-

ne dafür geplanten Mittel vorgezogen und auf 60 Millionen Euro erhöht.

Das Kieler Innenministerium bestreite indes, gegenüber den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe in den Kreisen finanziell verpflichtet zu sein, heißt es in dem Ammersbeker Brandbrief. „Die Gemeinde wird die Kosten, die mit der Realisierung des Rechtsanspruchs verbunden sind – Investitionen und laufender Zuschuss –, ohne Kostenübernahme durch das Land, den Kreis oder den Bund nicht decken können“, sagt Reckling. Tatsächlich haben die Ammersbeker Gemeindevertreter

ihren Haushalt 2011 mit einem Defizit von 700 000 Euro verabschiedet.

„Wir müssen noch 65 Krippenplätze in der Tagespflege und in Kitas schaffen“, sagt Ammersbeks Verwaltungschef Horst Ansén. „Das verschärft unsere finanzielle Situation.“ Die jährlichen Betriebskosten für einen ganztägigen Krippenplatz belaufen sich laut Sozialausschuss auf knapp 3000 Euro. Es sei schwierig, den U3-Rechtsanspruch zu erfüllen, ergänzt Amtsleiter Holger Peters. „Die zu erwartende Zahl an Anspruchsberechtigter Kinder ab 2011 wird die vorhandenen Plätze übertreffen.“

ANZEIGE



Stormarn
Gründerhilfe

Existenzgründerberatung aus einer Hand

Info-Abend für Existenzgründer

**26.01.2011
um 17.00 Uhr**

Ort: Haus der Wirtschaft,
Beimoorkamp 6 in Ahrensburg
Teilnahme für Gründer **kostenlos**,

Anmeldung bitte unter
04102-824777 oder
www.Gruenderhilfe-Stormarn.de

Briefe an den Gemeindegtag und an den Städtebund sollen folgen

Ammersbek will nun alle Kommunen in Schleswig-Holstein mobilisieren, eine „verursachergerechte Lösung des Finanzierungsproblems“ zu erreichen. Die Bürgervorsteherin sandte bereits einen Solidaritätsappell an die Stormarner Kommunen, in den nächsten Wochen soll ein Brief an den Gemeindegtag und den Städte- und Gemeindebund folgen. Das Ziel: eine Resolution der Kommunen, die Bund und Land im Sinne des Konnexitätsprinzips in die Pflicht nimmt. „Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass es dafür einen Kostenausgleich gibt“, sagt Ingeborg Reckling. „Wir wollen die Entscheidungsträger wachrütteln.“